

Bald wie möglich mitteilen, welche Schiffe für eine unmittelbare transatlantische Fahrt in Aussicht genommen sind. Entsprechend der Zusage bei dem Brüsseler Abkommen vom 13. und 14. März werde gebeten, die Mannschaften auf diesen Schiffen zu belassen. Der Vertreter der deutschen Regierung weist hierbei darauf hin, daß unter den deutschen Seeleuten große Erregung herrscht, weil die deutschen Befehlungen in den verbündeten Häfen wieder abgemustert werden sollen. Dieser Umstand habe bereits zu Schwierigkeiten bei der Anmusterung geführt.

Die Bremer Seeleute gegen die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe.

Berlin, 22. März. Die heutige Seemannsversammlung in Bremen erklärte sich mit 222 gegen 18 Stimmen gegen die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus Bremen. Die Schwierigkeiten, die vom Seemannsbund in Hamburg und von Seiten der Bremer Seeleute der Ausfahrt der deutschen Handelschiffe gemacht worden sind, bedeuten für die deutsche Bevölkerung geradezu Selbstmord, und man kann sich nur denken, daß die beteiligten Seeleute sich selbst darüber nicht Rechenschaft abgelegt haben, welche Folgen ihre Handlungsweise hat. In Rotterdam liegen 250 000 Kisten kondensierter Milch und große Mengen Speck für Deutschland bereit. Sie können sofort dem Konsum zugeführt werden, sobald Deutschland seinen Verpflichtungen, die Seiffe ausfahren zu lassen, nachkommt. Es ist bei dieser Gelegenheit zum ersten Male gelungen, mit unseren Gegnern über wirtschaftliche Fragen sachlich zu verhandeln und sie von der Nichtigkeit unseres Standpunktes zu überzeugen. Gegenüber der früheren Weigerung, über Fragen zu verhandeln, die über den Waffenstillstand hinausgreifen, haben die Bremer bei der Zusammenkunft in Brüssel grundsätzlich anerkannt, daß die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt werden muß. Die Voraussetzung für die Ausführung des Brüsseler Vertrages ist, daß wir unsererseits alles dazu tun, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, damit wir auch von der Gegenseite auf eine loyale Erfüllung des Vertrages rechnen können, und diese höchste Pflicht muß sich jeder einzelne vor Augen halten, wenn er sich nicht am Leben des deutschen Volkes veründigen will.

Bremerhaven, 23. März. Eine am Vormittag stattgefundene Versammlung der Seeleute aller Charren beschloß, die Lebensmittelschiffe ohne Garantien nicht ausfahren zu lassen. Nach der Versammlung veranstalteten die Teilnehmer vor dem Gebäude des Norddeutschen Lloyd eine Kundgebung gegen die Ausfahrt der Schiffe ohne Garantien.

Bremen, 23. März. Die Bremer Seeleute, einschließlich der Offiziere, werden, wie der „Weserzeitung“ mitgeteilt wird, am Montag morgen gemeinsam in einer engeren Versammlung endgültig Beschluß über die Ausfahrt der Schiffe fassen.

Die Freigabe der Fischerei in der Ostsee.

Miel, 22. März. Das Stationskommando macht amtlich bekannt: Die Blockade ist dahin umgeändert, daß alle Einschränkungen in der Fischerei für die deutschen Fischfahrzeuge in der Ostsee aufgehoben worden sind.

Riesenprotestversammlungen gegen eine Vergewaltigung Deutschlands.

Berlin, 21. März. In Berlin fanden am Sonntag außerordentlich stark besuchte Protestversammlungen gegen die Zerstückelung Deutschlands statt. Es sprachen die Abgeordneten v. Nitschhofen und v. Dörmann, Eduard Bernstein, der deutsch-österreichische Gesandte Professor Rudo Hartmann, der Generalsekretär der evangelischen Arbeiterverbände Küffer und Abg. Dr. W. Pfeiffer. Die Redner betonten, daß sich der Protest nicht nur gegen die beabsichtigte Besetzung deutscher Gebiete in Ost und West vom Deutschen Reich, sondern auch gegen die Machenschaften richtet, durch die eine Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland hintertrieben werden solle. Zum Schluß wurde eine von allen Rednern genehmigte Entschließung verlesen, die mit einmütigem Beifall von der Versammlung begrüßt wurde und in der es heißt: Die Versammlungen verlangen von den Friedensdelegierten und allen amtlichen Stellen, auf der feierlichen Zusage der Entente zu bestehen, daß der Friede nur unter Gleichberechtigung auf Grund der Verlautbarung des Präsidenten Wilson geschlossen werden darf. Wir weisen entschieden die Zerstückelung deutschen Landes und jeden Einriss in innerdeutsche Verhältnisse zurück. Alle Stände und Parteien sind gleich einig, daß jede Vergewaltigung des Deutschen ebenso abzuschrecken ist, wie die Vergewaltigung eines anderen Volkes. Ein Wille und ein Ziel ist in allen lebendig: Der Friede des Rechts und der Gerechtigkeit. Das deutsche Volk wird einen anderen Frieden niemals anerkennen.

Nach Schluß der Versammlungen begab sich ein Teil der Besucher in geschlossenen Zügen nach dem Reichskanzlerhaus, um dort die gefassten Entschließungen zu übergeben. Der Vizepräsident des Reichsministeriums Reichsminister Schiller hielt darauf von einem Fenster des Reichskanzlerhauses aus eine Ansprache: Namens der Reichsregierung habe ich die Entschließungen, die Sie in machtvollen Versammlungen gefaßt haben, entgegengenommen. Namens der Reichsregierung verspreche ich Ihnen, alles zu tun, was in menschlichen Kräften steht, um das Wahre zu machen, was Sie von uns verlangen. Wir haben einen guten Grund, einen festen Boden, das ist der Boden des Rechtes. Ich fasse, was Sie in Ihren Entschließungen gesagt haben, in wenigen Worten zusammen: Wir Deutsche müssen deutsch bleiben! (Stürmisches Bravo.)

In einer im Sportpalast abgehaltenen Protestversammlung gegen eine Zerstückelung Deutschlands führte Reichsminister Erzberger u. a. aus: Die Worte Wilsons über die Polen werden mißbraucht. In einer seiner Botschaften fordert Wilson, daß alle streitigen Ge-

bietsfragen so gelöst werden sollen, daß keine neuen Elemente von Zwist und Gegnerschaft und von Friedensgefährdungen geschaffen werden. Es müßte nicht schwer fallen, bei allseitigem guten Willen eine befriedigende Lösung zu finden. Aber die Polen ziehen den Weg der brutalen Gewalt vor. Artikel 16 des Waffenstillstandsabkommens schiebt das Betreten von Danzig und der Weichsel durch die Polen aus. Das deutsche Volk erhebt einmütig feierlichst Protest, daß ein in seiner überwiegenden Mehrheit deutscher und deutschgesinnter, Teil seines Gebietes vergewaltigt werden soll. Das deutsche Volk kann und wird einen Frieden, der mit der Annexion von Danzig und Westpreußen und eines Teiles von Oberschlesien belastet wird, nicht unterzeichnen. Was dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein der Entente. Sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, sofortige Aufhebung der Hungerblockade, sind die Punkte, in denen wir fordern, daß die Franzosen und mit ihnen die Alliierten endlich dem deutschen Beispiel von 1871 folgen. Als dritte Forderung stellen wir auf die sofortige Räumung der besetzten Gebiete.

Danzig, 23. März. Mittags fand eine machtvolle Kundgebung des deutschen Bürgertums statt, an der schätzungsweise 60000 Personen teilnahmen. In der Entschließung der Stadt Danzig heißt es u. a.: Wir fordern das Selbstbestimmungsrecht der Völker für uns. Danzigs Geschichte und Kultur ist nur deutsch, nichts Polnisches hat in ihr jemals einen Anteil gehabt. 95 Prozent unserer Mitbürger sind Deutsche. Wir fordern von der Reichsregierung, daß sie keinem Friedensvertrag zustimmt, der die Zugehörigkeit unserer Stadt und Westpreußens zu Preußen Deutschland irgendwie in Frage stellt. Die Wehrheitssozialisten, die sich geschlossen an der Kundgebung beteiligten, erklärten in ihrer Entschließung u. a.: Die Arbeiter Danzigs, zu vielen Tausenden versammelt, erheben feierlich Protest gegen die beabsichtigte Zuteilung Westpreußens und Danzigs an Polen ohne Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes. Wir wollen deutsch bleiben. Die Entscheidung über unser Schicksal soll in unseren Händen liegen. Nach der Demonstration begab sich Oberbürgermeister Sohn zu dem Leiter der amerikanischen Lebensmittelkommission für Polen, Major Webb, und übergab ihm die von der Volksmenge angenommenen Entschließungen.

Das ist eine erstklassige Kapitalanlage ist die neue 4% Sächs. auslesbare Staatsanleihe. Daraus selahne bei deiner Bankfirma oder Sparkasse.

Berlin, 22. März. Auf dem Danziger Frauentag erhoben die Frauen Westpreußens nachdrücklich die Forderung, daß Westpreußen deutsch bleibe. Die Frauen erklärten in einem Telegramm an das Auswärtige Amt, daß sie ihr Recht hingeben wollen, um ihre Heimat dem Deutschen zu erhalten. Ein Friede, der sie an Polen ausliefere, dürfe nicht geschlossen werden.

Allenstein, 22. März. Magistrat und Stadtverordnete nahmen in der gestrigen ersten Sitzung der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung einstimmig ohne Aussprache folgende Entschließung an: Die von Deutschen gegründete Stadt Allenstein, in deutschem Fleiß erblickt zum Borort des südlichen Ermlandes und Masuriens, das niemals unmittelbar zu Polen gehört hat, das zweimal zum Schutze deutscher Kultur 1410 und 1914 mit deutschem Blut getränkt wurde durch deutsche Arbeit jetzt aus keinen Trümmern neu entstanden ist, weist die auf den Besitz des südlichen Ostpreußens und seine Abtrennung vom übrigen deutschen Reich gerichteten unbegründeten Ansprüche Polens zurück. Sie sieht in deren Erfüllung eine Vergewaltigung der seit ausschließlich deutschen Umgebung und den Untergang der deutschen Kultur in Ermland und Masurien und ihrer aufblühenden Wirtschaft. In dieser Not unserer dem kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenüberstehenden Bevölkerung rufen wir das Verantwortungsgefühl der Reichsregierung, den Bruderinn des deutschen Volkes und die Gerechtigkeit aller Völker der Welt an zum Schutze unserer Heimat.

Breslau. Auf Veranlassung des Volkstrates zu Breslau und des Zentralrates der Provinz Schlesien war für gestern eine Massenkundgebung für die Einheit Schlesiens einberufen worden. Vertreter aller politischen Parteien sprachen für die Untrennbarkeit und Reichszugehörigkeit Schlesiens.

Graudenz. Der Soldatenrat der Garnison Graudenz sandte an die Reichsregierung, die Nationalversammlung usw. Protestkundgebungen, in denen es heißt: Die Garnison Graudenz, 10 000 Mann stark, werde sich jedem Versuch der Angliederung Westpreußens an Polen mit Waffengewalt widersetzen.

Schleswig, 22. März. Bei Kundgebungen von Tausenden schleswig-holsteinischer Männer und Frauen für die Zugehörigkeit zu Deutschland wurden Entschließungen gefaßt, in denen Protest gegen jegliche Abtrennung schleswig-holsteinischen Bodens an Dänemark erhoben wird. Zum Schluß heißt es in der einen Entschließung: Wir gedenken in Dankbarkeit der Väter, die hier auf historischem Boden für Schleswig-Holsteins Freiheit und Selbstständigkeit gelitten und gestritten haben, und geloben, in Treue ebenso fest dafür einzustehen, daß die Seelen blieben und ewig ungedeckt.

Der Kampf um die deutschen Ostprovinzen.

Berlin, 22. März. General v. Hammerstein überreichte den Verbündeten in Spaa eine Reihe von Abschriften von Telegrammen, die der deutschen Waffenstillstandskommission am 19. und 20. März aus Westpreußen zugegangen sind und in denen die Unruhe und die Entrüstung der dortigen deutschen Bevölkerung aus Anlaß der gefürchteten Abtrennung dieser deutschen Gebiete Ausdruck finden. In einer Begleitnote weist der deutsche Vorsitzende auf die Empörung hin, die in diesen Gebieten darüber herrscht, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker anscheinend vergewaltigt werden soll. General v. Hammerstein hob den kulturellen und wirtschaftlichen Einfluß des Deutschen in diesen Gebieten hervor, der schon äußerlich sichtbar zutage trete. Er betonte, die deutsche Bevölkerung fordere gerade deshalb, daß ihr Schicksal nicht auf Grund einseitiger Angaben politischer Propaganda entschieden werde. In der Note machte der Vorsitzende außerdem statistische Angaben über die Verbreitung der deutschen und polnischen Bevölkerung im Osten. Aus ihnen ist zu ersehen, daß in Polen und Westpreußen auf 1,9 Millionen Deutsche nur 1,8 Millionen Polen kommen. Während im Regierungsbezirk Danzig die Deutschen 72,1 v. H., im Regierungsbezirk Marienwerder 59,55 v. H. und im Kreise Bromberg etwas über 50 v. H. der Gesamtbevölkerung bilden, beträgt die deutsche Minderheit im Regierungsbezirk Bromberg mehr als 32 v. H.

Die Entschließung der sozialdemokratischen Tagung in Weimar.

Die gemeinsame Konferenz des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der Kontrollkommission und der Fraktion faßte folgende Entschließung: Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheitsregierung ab und bekennt sich gemäß dem Erfurter Programm zu den Grundsätzen der Demokratie. Die Sozialisierung kann in einem durch mehr als vier Kriegsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfolgen. Zur Mitwirkung an Sozialisierungsmaßnahmen, zur Kontrolle sozialisierter Betriebe, zur Überwachung der Gütererzeugung und Verteilung sind geschlechtlich geordnete Arbeitervertretungen zu schaffen. Zu dem zu diesem Zweck schleunigt zu schaffenden Gesetz sind Rotbestimmungen zu treffen über die Wahl und Aufgaben von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben. Es sind weitere Bezirksarbeiter- und Reichsarbeitsrat vorzusehen, die vor dem Erlaß wirtschaftlicher und sozialpolitischer Gesetze ebenso wie die Vertreter aller übrigen schaffenden Stände gutachtlich zu hören sind und selbst Anträge auf Erlaß solcher Gesetze stellen können.

Die Aufgaben der Friedensdelegation.

Berlin, 22. März. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat das Kabinett am Sonnabend über die Aufgaben der Friedensdelegation eingehend beraten. Nach sorgfältiger Prüfung der Fragen der kommenden Probleme ist unter allen Anwesenden vollkommene Übereinstimmung betreffend diese für das deutsche Volk entscheidenden Grundfragen erzielt worden.

Um das Rheinland.

Stimmungsbildung aus der preussischen Landesversammlung von unserem parlamentarischen Vertreter. Die Rheinlanddebatte in der preussischen Landesversammlung hat recht bemerkenswerte Schlaglichter auf die allgemeine politische Situation geworfen, wie sie sich nach der Umwälzung nunmehr darstellt. Im Rheinlande sind starke Kräfte, und zwar nicht allein von Zentrumseite, wie oft geflüstert wird, am Werke, welche in einer Selbständigkeitsklärung der Rheinlande das Mittel erblicken, um einerseits die Eigenart des rheinischen Volkes im neuen Reiche wertvoller zur Geltung kommen zu lassen und andererseits die feindlichen verhält und unverhält auftretenden Annelitionspläne zu durchkreuzen. In der Landesversammlung Preußens erhob sich von rechts und links gegen das Zentrum ein starker Sturm. Man unterstellt dem Zentrum, daß es die Lösungsbestrebungen aus eigenmächtigen politischen Gründen betreibe. Es wolle eine Zentrumrepublik und in ihr die volle politische Gewalt. Eine derartige Unterstellung ist natürlich recht töricht. Die Verechtigung der im Rheinland und in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschenden Bedenken gegen die Politik, wie sie sich nach der Revolution entwickelt hat, ist keineswegs zu verkennen. Der Redner des Zentrums im Preußenparlament, Herr Oberpfarrer Kasperer aus Köln-Roll sagte unter stürmischen Zurufen seiner Freunde und weit darüber hinaus, daß die Rheinlande mit der Revolution nichts zu tun haben wollen. Die Revolution sei vielmehr von Leuten heringebracht worden, die mit dem Rheinland kaum oder gar nicht in Verbindung stehen. Die Revolution und ihre Ereignisse und Folgen seien den Rheinländern in höchstem Grade unympathisch; sie würden als für das Vaterland unglücklich betrachtet werden. Auf diese Neuerung Kasperers erhob sich ein Sturm des Beifalls mit starkem Sändeklatzen, welches der sozialdemokratische Präsident Leinert freilich prompt niederfingelte. Kasperer wies weit die Unterstellung von sich, daß er oder die Vertreter des Gedanken der westdeutschen Republik mit der Entente sympatisch seien. Das Rheinland sei deutsch und wolle deutsch bleiben. Die Ansprache, die von Rednern fast aller Parteien betrieben wurde, ließ erkennen, daß die Vorwürfe, die man dem Zentrum machte, allesamt auf der Furcht aufbauten, daß tatsächlich der Lösungsbesonde im Rheinlande praktische Gestalt annehme. Es würden allerdings dann viele dicke Striche in die politischen Rechnungen von links wie von rechts gemacht werden. Die Dinge sind noch im Fluss. Die Rechtsbasis für die Selbständigkeitsklärung der Rheinlande würde der Weimarer Beschluß der Verfassungskommission bieten. (Vollst.)